

CVP: Zweimal Ja, dreimal Nein

PAROLEN mst. Die CVP des Kantons Luzern hat an ihrer Delegiertenversammlung gestern Abend in Menznau die Parolen für die Abstimmungen vom 28. Februar gefasst. Die Delegierten sprachen sich für den zweiten Gotthard-Strassentunnel aus. 132 Delegierte sagten Ja zur Änderung des Gesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet, 79 sagten Nein, und 3 Delegierte enthielten sich der Stimme. Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber hatte mit seinem Referat versucht, die Delegierten auf die Nein-Parole einzustimmen. Der Tessiner CVP-Regierungsrat Paolo Beltraminelli konnte aber schliesslich eine Mehrheit von einem Ja überzeugen.

Asylinitiative abgelehnt

Die CVP-eigene Initiative gegen die Heiratsstrafe nahmen die Delegierten mit 211 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen an. Die kantonale Verfassungsinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» der Luzerner SVP lehnten die Delegierten hingegen deutlich ab. 204 Personen waren dagegen, 4 dafür bei 5 Enthaltungen. Die Durchsetzungsinitiative der SVP sowie die Juso-Initiative für einen Spekulationsstopp bei Nahrungsmitteln hatte der Parteivorstand schon vor der Versammlung abgewiesen.

Zum Schluss der Versammlung wurde Ruedi Lustenberger, ehemaliger CVP-Nationalrat aus Romoos, mit stehenden Ovationen von seiner politischen Karriere verabschiedet.

GRATULATION

97. Geburtstag

ZELL red. Heute feiert **Berta Steffen-Herzog** im Wohn- und Begegnungsort Violino Zell ihren 97. Geburtstag. Wir gratulieren der ehemaligen Hüs-wilerin herzlich zum hohen Geburtstag und wünschen ihr weiterhin alles Gute.

Neuer Schub für saubere Energie

LUZERN Bei uns sind Energiegenossenschaften noch kaum bekannt. Die Albert Koechlin Stiftung will dies ändern. Nicht nur mit Geld.

DANIEL SCHRIBER
kanton@luzernerzeitung.ch

Fukushima war der Auslöser. Als Paul Zimmermann die verstörenden Bilder aus Japan in den Medien sah, war für den Architekten klar: Die Zeit zum Handeln war gekommen. «In schwierigen Zeiten kann man jammern, oder man kann etwas tun. Ich habe mich für die zweite Variante entschieden.» Gemeinsam mit Bekannten und Geschäftspartnern hat Zimmermann wenig später die Genossenschaft Energie Rigi Süd (Eris) ins Leben gerufen – und sogleich losgelegt. Heute betreibt die Genossenschaft zwei Solaranlagen, die auf Schulhausdächern in Vitznau und Weggis installiert sind und insgesamt rund 70 Megawatt-Stunden Strom erzeugen. Das reicht für ungefähr 15 Haushalte. Eine dritte Anlage sei in Planung. «Dieses Mal auf der Rigi.»

Zimmermann engagiert sich für erneuerbare Energien, weil er überzeugt ist, «dass alle einen Beitrag zur Energiewende leisten müssen». Diese Meinung teilt die Albert Koechlin Stiftung (AKS), die nebst Projekten aus den Bereichen Bildung, Kultur oder Soziales auch regelmässig Umweltprojekte unterstützt.

Innerschweiz hinkt hinterher

Seit neustem engagiert sich die AKS für sogenannte Energiegenossenschaften, die erneuerbare Energien gewinnen und speichern. Dies etwa im Bereich Wasserkraft, Sonne, Biomasse, Biogas, Wind oder Abfall. Rund 100 solcher Genossenschaften gibt es derzeit in der Schweiz. Mit sieben Genossenschaften hinkt die Innerschweiz und speziell der Kanton Luzern dem nationalen Trend hinterher, sagt Philipp Christen, Projektleiter der AKS. Das soll nun ändern. Die



Paul Zimmermann, Präsident der Energiegenossenschaft Rigi Süd, auf dem Dach des Oberstufenschulhauses Weggis. Die Solaranlage wird von der Genossenschaft betrieben.

Bild Pius Amrein

Vision der Stiftung: Irgendwann soll es in jeder Zentralschweizer Gemeinde eine Energiegenossenschaft geben. Christen hofft, dass auf jede gegründete Energiegenossenschaft weitere folgen. «Die einzelnen Genossenschaften bilden dezentrale Keimzellen für die Entwicklung vergleichbarer Energieprojekte.»

Ist die Stiftung von einer Projektidee überzeugt, greift sie den Initianten bei der Erstellung der ersten Energieanlage mit bis zu 30 000 Franken unter die Arme. Diese «Hilfe zur Selbsthilfe» läuft aber nicht nur über das Portemonnaie: «Wir bieten den Initianten Unterstützung bei der Gründung der Genossenschaft und

der Projektorganisation», erklärt Christen. Auch der Wissensaustausch und die Vernetzung sollen gefördert werden.

Kanton unterstützt das Projekt

Der Kanton Luzern begrüsst das Engagement der AKS «als Ergänzung zu seinem eigenen Förderprogramm», sagt Natalie Kamber, Medienbeauftragte der Dienststelle Umwelt und Energie. «Eine Vielzahl guter Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien entsteht im Kanton durch die gemeinschaftliche Initiative von Bürgerinnen und Bürgern. Die Förderung der AKS setzt bei diesem gemeinschaftlichen Engagement den Hebel an.»

Das kantonale Förderprogramm hingegen honoriert die Initiative einzelner Hausbesitzer für mehr Energieeffizienz.

Laut Philipp Christen von der AKS ist die Förderung der Genossenschaften ein langfristiges Projekt. «Bis wir unsere Ziele erreichen, werden Jahre – vielleicht sogar Jahrzehnte vergehen.» Für ihn ist aber klar: «Um die Energiewende bestehen zu können, ist eine Diversifizierung der Energiegewinnung notwendig. Und damit sollten wir jetzt beginnen.»

HINWEIS

Infos zum Projekt der Albert Koechlin Stiftung: unter www.aks-stiftung.ch, Rubrik «Projekte».

FORUM

Theaterplatz: Reines Wunschdenken?

Zur Diskussion über den Standort der Salle Modulable

Architektur setzt ein zusammenhängendes kulturelles Verständnis voraus. Sie setzt zudem eine Sichtweise voraus, die im Verhältnis zum vorgesehenen Bauvolumen, den ganzen städtischen Bereich in Betracht zieht. Planung im historischen Zentrum von Luzern lässt keine Oberflächlichkeiten zu. Ihr seelisch zerstörendes Potenzial für die städtische Identität ist gewaltig. Wie wir die Umwelt gestalten, ist Ausdruck unserer inneren Einstellung.

Bei der Standort-Evaluation der Salle Modulable lautet die Frage: Ist man sich des erforderlichen Bauvolumens überhaupt bewusst, oder verhindert Wunschdenken die realistische Wahrnehmung? Theaterplatz: Beim Abbruch des Thea-

ters würde die Halle mit der erforderlichen Höhe (annähernd der Firsthöhe der Jesuitenkirche) und mit der Längsfront zur Reuss nicht nur die Kirche, sondern den ganzen Stadtbereich erdrücken. In der Tiefe ist die Parzelle zu klein, was bei freigegebenem Perimeter heisst, dass die Flucht der Jesuitenkirche Richtung Reuss überschritten werden muss. Es verbleibt kein Freiraum, auch nicht zur Kirche.

Insel: Auch hier muss der Perimeter auf die ganze Insel ausgedehnt werden. Eine Realisierung, wie täuschend vorgegeben, nur auf dem Car-Parkplatz, ist illusorisch und bedingt das Fällen nicht nur der prächtigen Platanen. Die Insel mit ihrem Baumbestand neutralisiert die umgebenden Grossbauten und ist für die ganze Seebucht von immenser Wichtigkeit. Der Vorschlag von André

Meyer ist nicht realistisch. Standort Uf-schötti: Man fragt sich, ob eine Umnutzung von Erholungsraum sinnvoll ist. Der Motorboothafen müsste verlegt werden.

Kasernenplatz: Hier versuchen die Beauftragten, wie beim Uni-Vorschlag vor 16 Jahren, ihrem Defätismus zu entgehen, indem sie dieselben Floskeln vorbringen, um nicht handeln zu müssen. Der Kasernenplatz als realistischer Standort der Salle Modulable mit einer Erholungszone am gesamten verkehrsfreien Reussbereich bis zur Geissmattbrücke und einem Platz in der Grösse des heutigen Theaterplatzes, hat gegenüber den andern Standorten ein unvergleichliches städtebauliches Potenzial. Der Beweis kann erbracht werden!

BRUNO ACKERMANN, ARCHITEKT,
ADLIGENSWIL

Offene Fragen zur Sicherheit

«180 Männer erhalten Obdach», Ausgabe vom 15. Januar

In Ruswil leben bereits fast 100 Asylsuchende, andere Gemeinden kommen ihren Aufnahmekontingenten nicht nach. Nun delegiert die Luzerner Regierung die Aufnahme von weiteren 100 Asylsuchenden nach Ruswil. Es stellt sich schon die Frage, weshalb die Kantonsverantwortlichen nicht alle Gemeinden und vor allem nicht alle Zivilschutzanlagen und Notunterkünfte im Kanton Luzern in gleichem Masse nutzen.

Eine gleichmässige Zuweisung der Asylsuchenden anhand der Einwohnerzahlen der Gemeinden wäre zweifellos sinnvoller, zumal die Betreuung, Beschäftigung und Integration eher möglich wäre. In allen Gemeinden gibt es Leute, die freiwillig und mit grossem Engagement bei der Flüchtlingsbetreuung mithelfen.

Wenn aber einem Dorf wie Ruswil 200 Asylsuchende zugewiesen werden, ist eine Betreuung und Beschäftigung im Sinn einer Arbeitsleistung wohl kaum möglich. Es gibt offene Fragen zur Sicherheit. 100 Asylsuchende Männer aus Syrien, Afghanistan und dem Irak in einer unterirdischen Asylunterkunft einzuquartieren, ist eine sehr heikle Mission.

Es gibt auch offene Fragen zur Beschäftigung: Auch für mich ist es wünschenswert, dass die Asylsuchenden betreut und wenn möglich irgendwie beschäftigt oder gar in den Arbeitsmarkt integriert werden müssten. Dass dies in Ruswil mit 200 Asylsuchenden nicht möglich sein wird, ist wohl klar. Zudem stellt sich die Frage, wo und durch wen letztlich so viele fremdsprachige Leute (vermutlich vorwiegend Arabisch sprechend) betreut werden sollen.

THOMAS KÄCH,
RUSWIL



Seltener Vogel

Höchstens 350 Eisvogel-Brutpaare soll es in der Schweiz geben. Unsere Leserin hat in Oberkirch eines der Tiere entdeckt.

Leserbild Marianne Schmid, Eich

Wenn alles für alle angeboten wird

Zum Leserbrief «Rothenburg: Der geplante Bau ist zu gross», Ausgabe vom 18. Januar

Ich gratuliere Stefan Schürch zu seinem mutigen, den Tatsachen entsprechenden Leserbrief. In der Tat wird hier nicht gekleckert, sondern geklotzt. Das ganze Projekt ist masslos übertrieben.

Alleine im Bereich der Vereine wird mit der grossen Kelle angerührt. Ich bin stolz auf unsere aktiven Vereine, welche direkte Jugendförderung betreiben. Aber die Aussage, dass einzelne Vereine heute auswärts trainieren müssen, kann nicht ernst genommen werden.

Muss denn wirklich alles für alle angeboten werden? Analog zur Musikschule werden Angebote auch für wenige Interessenten aufgebaut und aufrechterhalten. Bei der Planung für die Infrastruktur wurden alle Vereine an-

geschrieben, damit sie ihre Wünsche bekannt geben können. Und nachher wird gesagt, es seien Bedürfnisse der Vereine an den Gemeinderat hergetragen worden. Mehrere Vereinspräsidenten haben sich bei mir erkundigt, ob sie dann auch das Recht hätten, Wünsche aufzuschreiben. Klar doch, wenn man schon die Möglichkeit hat, soll man doch.

Ferner fehlen mir in der Berechnung des Gemeinderates die Betriebskosten, welche es auch zu stemmen gilt. Wie Herr Schürch richtig schreibt, wird das Familiensilber verscherbelt. Und was ist in 20 oder 30 Jahren? Dann ist kein Land mehr verfügbar, das auf den Markt geworfen werden kann.

Wie sollen dann neue Bedürfnisse finanziert werden? Auch die Ausstattung der Schulanlagen lässt tief blicken. Hier wird wahrer

Luxus geboten. Immer versteckt sich der Gemeinderat hinter den Empfehlungen des Amtes für Volksschulbildung. Sie lesen richtig, es sind Empfehlungen. Was passiert, wenn sie nicht eingehalten werden?

Nichts. Ergo gilt es auch hier, das gesunde Augenmass zu wahren.

Gouverner c'est prévoir – so lautet ein altes Zitat. Ich hoffe, dass die Rothenburgerinnen und Rothenburger wirklich vorausschauend denken und handeln und dieses Projekt an der Urne versenken. Es geht auch einfacher.

MARCEL OMLIN,
KANTONSRAAT SVP,
ROTHENBURG

INTERNET Weitere Lesermeinungen unter www.luzernerzeitung.ch